

Asquiths Rede.

London, 23. Februar.

Premierminister Asquith erwiderte im Unterhause auf die Reden Snowdens und des ehemaligen Ministers Trevelyan, der bei Ausbruch des Krieges sein Amt niedergelegt hat, über die Voraussetzungen, unter welchen es möglich wäre, den Krieg unter Erreichung des Kriegszieles der Alliierten zu beendigen. Es freute ihn, daß das Haus diesen Reden mit Geduld zugehört habe. Die beiden Mitglieder hätten sicherlich nicht für die demokratische öffentliche Meinung gesprochen (Beifall.)

Er bezweifle sogar, daß sie auch nur für ihre Wahlkreise gesprochen hätten. Snowdens Eingeständnis, daß man in England einig sei und bleiben werde in der Forderung, daß die Friedensbedingungen die Erreichung der Ziele Englands dauernd sicherstellen müßten, heiße er gut. Es herrsche völlige Einigkeit im Lande. (Beifall.) Der eigentliche Inhalt der Rede Snowdens sei, daß in Deutschland ein wahrhafter Wunsch nach Frieden bestehe. Worauf stütze sich nun diese Behauptung? Er verweise auf die jüngste Debatte im Reichstag, die Rede des Kanzlers, der gesagt zu haben scheint, er sei durchaus gewillt, die Annäherung von anderer Seite willkommen zu heißen. Jedermann würde bereit sein, Annäherungen von der anderen Seite willkommen zu heißen, aber der Kanzler habe nicht angedeutet, daß er bereit sei, die Initiative zu ergreifen, und da er seine Erklärung dadurch ergänzt zu haben scheine, daß er den Abgeordneten sagte, Deutschland habe sich nicht als Feind aller Nationen erwiesen — jenes Deutschland, das Belgien vernichtete und verwüstete und sein bestes tut, auch Serbien, Montenegro und Polen zu vernichten und zu verwüsten — so könne eine solche Erklärung in einem solchen Zusammenhang nur als gewaltige und schamlose Kühnheit bezeichnet werden. Ich würde, fuhr Asquith fort, den imaginären Friedensbedingungen des Kanzlers mehr Gewicht beilegen, wenn ihre Sprache auf Argumenten beruhte, die nicht von so durchsichtiger Heuchelei und Nulllosigkeit wären. Es ist wahr, daß einige Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sehr mutig und höchst unvollständig ihre Stellung angesichts einer großen Verwirrung behaupteten. Aber was ist dabei erreicht worden, wenn bei der entscheidenden Abstimmung von einer Partei von 110 Mitgliedern nur 20 überredet werden konnten, gegen den Kriegskredit zu stimmen? Ich will jetzt der Sache auf den Grund gehen. Trevelyan fragte, warum ich die Friedensbedingungen nicht mitteile.

Darauf, sagte Asquith, habe ich zu erwidern: Ich teilte in klaren, direkten, verständlichen und gewichtigen Worten die Bedingungen mit, unter denen wir in England gewillt sind, Frieden zu schließen. Ich will sie heute wiederholen. Unsere Alliierten sind mit ihnen vertraut, dem deutschen Reichskanzler sind sie wohl bekannt.

Was ich am 9. November 1914 sagte, wiederhole ich jetzt:

Wir werden niemals das Schwert, das wir nicht leicht gezogen haben, wieder in die Scheide stecken, bevor nicht Belgien — und ich will hinzufügen, Serbien (anhaltender Beifall) — in vollem Maße alles und mehr als alles, was sie geopfert haben, wieder erlangen, bevor nicht Frankreich ausreichend gegen einen Angriff gesichert ist, bevor nicht die Rechte der kleineren Nationen Europas auf eine unangreifbare Grundlage gestellt sind und bevor nicht die Militärherrschaft Preußens gänzlich und endgültig vernichtet ist.

Was fehlt hierbei noch an Klarheit und Deutlichkeit? Ich frage Trevelyan und den deutschen Kanzler, wie ich dies noch verständlicher machen

soll, was ich noch mehr tun soll, um ihn und alle unsere Feinde zu überzeugen, daß erst, wenn der Friede auf diesen Grundlagen in Sicht und zu erreichen ist, und nicht eher, wird einer unserer tapferen Alliierten auch nur ein Jota davon ablassen werden, diesen Krieg weiterzuführen. (Stürmischer Beifall.)

Das Ende der „Friedensdebatte“.

Dieses Schlusswort Asquith versetzte das Haus, das die Reden Snowdens und Trevelhans mit tödlichem Schweigen angehört hatte, in tiefste Erregung.

Die sogenannte „Friedensdebatte“ nahm im Unterhause ein schnelles Ende. Die andern Mitglieder der Arbeiterpartei gingen nicht auf Snowdens Initiative ein.

Das Mitglied der Arbeiterpartei **Wells** erklärte, es sei Sache der Angreifer, die ersten Anerbietungen zu machen. Warum sollte England einem Bande entgegenkommen, das jeden Vertrag gebrochen und viele Gewalttätigkeiten begangen habe. Bevor Deutschland seine Missetaten nicht eingestanden habe, sei es verfrüht, von Friedensanerbietungen zu sprechen.

Ein anderes Mitglied der Arbeiterpartei protestierte ernstlich gegen Snowdens Haltung und versicherte dem Hause, 95 Prozent der Arbeiter seien der Regierung gegenüber loyal.

Die Debatte wurde hierauf geschlossen und das Haus nahm das Budget in zweiter Lesung an.

Die Reden Snowdens und Trevelhans.

Amsterdam, 24. Februar.

Ein hiesiges Blatt berichtet aus London über die gestrige Sitzung des Unterhauses:

Das Mitglied der Arbeiterpartei **Snowden** sagte, daß sich England aus uneigennütigen Motiven am Kriege beteiligte (1) und daß die Sache der Alliierten gerecht sei. Das ganze britische Volk wünsche einen befriedigenden Ausgang. Ein solcher Ausgang und ein dauernder Friede könne aber nur durch Verhandlungen, nicht durch die Fortsetzung des Krieges erreicht werden. Snowden führte den russischen Schriftsteller **Bloch** an, der vorausgesagt habe, daß der moderne Krieg niemals auf dem Schlachtfelde entschieden werden könne. Er glaube nicht an einen militärischen Sieg, der übrigens nur zu einem neuen Kriege führen würde. Snowden äußerte die Überzeugung, daß die Zeit für Friedensunterhandlungen gekommen sei. Er berief sich ferner auf die Erklärung **Conquets**, daß Frankreich den Krieg nicht werde durchhalten können. Zum Schluß forderte er die Regierung auf, ihre Friedensbedingungen kundzugeben.

Trevelyan (Liberal) gab zu, daß die deutsche Militärpartei offen sage, daß sie Belgien und einen Teil Frankreichs behalten wolle. Er sei überzeugt, daß der Friede nur möglich sei, wenn Deutschland Belgien herausgebe und von seiner herausfordernden Haltung ablasse, aber auch die Alliierten dürften nicht auf Eroberungen ausgehen.